

Ahrensböck, 04.03.2024

Förderzusage erhalten – Gedenkstätte Ahrensböck wird vom Kreis Ostholstein institutionell gefördert

Die Gedenkstätte Ahrensböck erhält ab sofort eine jährliche institutionelle Förderung des Kreises Ostholstein in Höhe von 35.000 Euro. Das beschloss der Haupt- und Finanzausschuss des Kreistags am vergangenen Dienstag, den 27. Februar.

Für die Gedenkstätte ist diese Förderzusage ein voller Erfolg und wegweisender Schritt in die Zukunft. Das Geld ist neben weiteren öffentlichen und privaten Mitteln ein zusätzlicher Baustein für eine dauerhafte und verlässliche Förderung der Gedenkstättenarbeit. Damit wird es möglich die Vermittlungsarbeit mit schulischen und außerschulischen Gruppen zu verstetigen und zu erweitern. Das ist auch dringend notwendig, da die Besucherzahlen und insbesondere die Anfragen von Gruppen stark angestiegen sind. Im Jahr 2023 haben 74 schulische und außerschulische Gruppen mehrstündige Bildungsformate an der Gedenkstätte absolviert, 2019 waren es noch 20. Insgesamt stiegen die Besucherzahlen von 1.600 Besucher*innen in 2019 auf 2.700 in 2023. Um diesen Erfolg abzusichern und das Angebot sukzessive zu verbessern und zu erweitern ist eine halbe Stelle für eine wissenschaftlich-pädagogische Mitarbeiterin eingeplant, die in Zukunft das kleine Bildungsteam aus Ehrenamtlichen und Honorarkräften koordinieren wird.

Die Gedenkstätte Ahrensböck ist der größte außerschulische Lernort in Ostholstein mit einem kontinuierlichen Angebot, der sich mit der Zeit des Nationalsozialismus in der Region auseinandersetzt. Zudem ist die Gedenkstätte, neben einem weiteren Gebäude im Ortskern von Ahrensböck, der einzig noch erhaltene „authentische“ Ort eines frühen Konzentrationslagers in Schleswig-Holstein und damit von landesweiter Bedeutung, wenn es um den Aufstieg, die Machtübernahme und den brachialen Terror der Nationalsozialisten in der Frühphase geht. Ein Alleinstellungsmerkmal mit großem Potenzial für die historisch-politische Bildungsarbeit.

Der von den Kreistagsfraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und CDU gestellte Antrag wurde von SPD, FDP und Freien Wählern unterstützt. Der Zuschuss wurde bereits im November vergangenen Jahres beschlossen, der Sperrvermerk in der vergangenen Woche aufgehoben und die Gelder freigegeben.